

## **Ein Fonds als Vorbild**

*Süddeutsche Zeitung, 21./22. März 2015, S. 8*

Im Englischen gibt es einen Ausdruck, den Simon Wiesenthal, der zahlreiche Naziverbrecher aufspürte, zu seinem Lebensmotto gemacht hatte: moral duties have no terms, moralische Pflichten verjähren nicht.

Der Vorschlag, den der Historiker Hans Günter Hockerts jetzt zum Ausgleich von NS-Unrecht in Griechenland macht, ist wohl in diesem Sinne zu verstehen. Hockerts, geboren 1944, lehrte lange als Professor für Zeitgeschichte an der Münchner Universität und gehört zu den führenden Experten für Reparationsfragen. Er ist Herausgeber des Standardwerks „Grenzen der Wiedergutmachung. Die Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa“ (2006). Im Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung schlägt er „die Gründung eines deutsch-griechischen Zukunftsfonds“ vor, „in Form einer Stiftung nach dem Vorbild des deutsch-tschechischen Zukunftsfonds“.

Dieser unterscheidet sich aus Hockerts' Sicht „fundamental“ von dem deutsch-griechischen Fonds, den das Auswärtige Amt im September 2014 eingerichtet hat und der „wissenschaftliche und gesellschaftliche Aktivitäten zur historischen Aufarbeitung der Weltkriegsereignisse“ fördern soll. In den vergangenen Tagen war in Berlin davon die Rede, diesen aufzustocken. Jedoch erklärte die Bundesregierung am Freitag: „Es gibt in der Sache nichts Neues auch keine veränderte Haltung des Außenministers, des Auswärtigen Amtes und der Bundesregierung“, so Außenamts-Sprecher Martin Schäfer.

Hockerts schwebt ohnehin eine ganz andere Lösung vor: „Der Zukunftsfonds des Auswärtigen Amtes ist lediglich ein Sondertitel im Etat des Amtes, der über eine Million Euro pro Jahr verfügt.“ Der gemeinsame Fonds von Deutschen und Tschechen dagegen sei „als Stiftung mit eigener Rechtspersönlichkeit, die mit einem ansehnlichen Vermögen ausgestattet wurde, ein taugliches Vorbild“. Hockerts plädiert dafür, die Frage eines solchen Stiftungsfonds auf keinen Fall mit der Eurodebatte zu verknüpfen, „beides hat nichts miteinander zu tun, auch wenn die griechische Regierung dies behauptet und geschickt in die Öffentlichkeit bringt“. Hockerts kritisiert die deutsche Haltung, die Entschädigungsfrage sei mit den gezahlten 115 Millionen Mark aus dem „deutsch-griechischen Globalabkommen“ von 1960 abschließend behandelt. Wer so argumentiere, übersehe eines: „Der deutschen Öffentlichkeit ist überhaupt nicht bewusst, wie lebendig in Griechenland die Erinnerung an die NS-Verbrechen ist. Jährlich finden dort Gedenkfeiern der 90 Märtyrerdörfer statt, um nur ein Beispiel zu nennen.“

Eine Stiftung ähnlich dem deutsch-tschechischen Zukunftsfonds könnte helfen, „beide Völker enger zusammenzuführen“, indem sie sich um Jugend- und Kulturaustausch, die Pflege von Baudenkmalern, Begegnungen alter Menschen und vieles mehr kümmern könnte. Und natürlich müsste die Stiftung, wie in der Vereinbarung mit Prag, „eigene Mittel zugunsten von Opfern nationalsozialistischer Gewalt enthalten: So haben NS-Verfolgte im Rahmen eines Projekts, das vom Tschechischen Verband der Freiheitskämpfer und der Föderation der jüdischen Gemeinden ausgearbeitet wurde, auch direkte finanzielle Unterstützung erhalten.“

Eine solche Möglichkeit sehe der „auf Griechenland bezogene Sondertitel im Etat des Auswärtigen Amtes bisher nicht vor“. Die Bundesrepublik sollte als Zeichen der historischen Verantwortung für das Unrecht der deutschen Besatzungsherrschaft 1941 bis 1944 eine solche

Stiftung finanziell alleine tragen“, organisatorisch aber „gemeinsam mit der griechischen Seite gestalten“.

Dagegen warnt Hans Günter Hockerts davor, jenen den Griechen 1942 abgepressten Zwangskredit von 476 Millionen Reichsmark zur Grundlage einer Entschädigung zu machen: „Sollen deutsche und griechische Unterhändler jetzt darüber zu streiten beginnen, was als deutsche Gegenforderung abzuziehen ist? Wie man die verbleibende Reichsmark-Summe auf aktuelle Kaufkraft umrechnen soll? Welche Verzinsung für die Zeit seit 1945 gelten soll, obgleich – dem Experten Hagen Fleischer zufolge – das Abkommen von 1942 ausdrücklich keine Zinsen vorsah?“ Diese Debatte würde nur dazu führen, „sich in Rechnungen und Gegenrechnungen zu verbeißen“. Damit aber, sagt Hockerts, „würde das deutsch-griechische Verhältnis noch verkrampfter, als es leider ohnehin schon ist“.

Joachim Käppner